



Weiter so?

Über das kulturpolitische Lernen vom Virus

Ein Essay von Dieter Haselbach

Tobias Knoblich schreibt am 31.3., dass alle Instanzen der Kulturpolitik vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie neu zu bedenken seien. In 10 Punkten fasst er zusammen, was daraus zu lernen er für vordringlich hält: Die öffentliche Finanzierung müsse ausgeweitet werden, um jenes krisenfester zu machen, was sich in der derzeitigen Lage als besonders gefährdet erweise. Das nennt Knoblich, gegen den gängigen Wortsinn, »Resilienz«. Es solle so weitergehen wie bisher, sobald das möglich sei, ein wenig digitaler, ein wenig geplanter und langfristiger. Auch das zielt wieder auf Öffentliche Kassen. Die müssen, so sie in der Krise schwächelten, eben von anderen Öffentlichen Kassen gestützt werden. Die Krise zeige, was, wenigstens der Kulturpolitik, schon vorher bekannt gewesen sei: »Kulturelle Infrastrukturen ... sind systemrelevant.« Der Kulturstaat solle für sie einstehen.

Knoblich argumentiert wie ein jeder Lobbyist es tut. Jede Lebenssituation gibt einem solchen Anlass, die Forderungen seiner Interessengruppe in den Vordergrund zu rücken. In einer Krise mit größtmöglicher Dringlichkeit, versteht sich. Corona bringt den Gaststättenverband dazu, dringend den schon lange geforderten verminderten Mehrwertsteuersatz für seine Betriebe zu empfehlen, den Einzelhändlern ist die Aufhebung des Sonntagsverkaufsverbot Krisenbekämpfungsrezept, Anhänger des bedingungslosen Grundeinkommens fordern dessen baldige Einführung als richtige Antwort auf die Epidemie. – Ist das Lernen?

Die Maßnahmen zur Verlangsamung der Ausbreitung haben zweifellos tiefgreifende Auswirkungen, auch im Kultursektor. Den institutionell geförderten Einrichtungen fehlen die Eintrittsgelder des Publikums, bei den freien Trägern und bei selbstständigen Künstlern kann es zu einem Einkommens-Totalverlust kommen. Die Kosten aber laufen weiter. Aber das trifft auch Therapeuten, Zahnärzte, Fluggesellschaften und Handwerksbetriebe.

Alle staatlichen Ebenen stemmen sich gegen solche Verluste, vereinfachen Antragsverfahren zur Kurzarbeit, ermöglichen Kredite oder Zuschüsse, nötigen Banken und Vermieter, Zahlungsaufschübe zu gewähren. Sogar die vorübergehende Teilübernahme notleidender Betriebe durch die Öffentliche Hand wird erwogen. Wo das nicht greift, werden die Zugänge zu den Sozialträgern erleichtert.

Es wird gleichwohl nicht alles wieder so sein wie vorher. Kredite müssen zurückgezahlt werden, gängige Geschäftsmodelle haben sich nicht als resilient erwiesen.

Auch Kulturpolitik stemmt sich gegen die Krise. Kulturstaatsministerin Monika Grütters gibt in einem Interview in der PuK (4/20) Rechenschaft über die Aktivitäten ihres Hauses. Sie verweist auf Förderprogramme, verspricht auf den kulturellen Sektor zugeschnittene Hilfe, wo dies staatlich möglich ist. Wie bei Knoblich, geht es um ein trotziges *Weiter so!*: »[D]ie

Kultur in Deutschland ist zäh, widerstandsfähig, langlebig. Wir haben das großartige Netz unserer geistigen Tankstellen über zwei Weltkriege hinweggerettet – und das tun wir jetzt erst recht!« Hoffen wir, dass die Tankstellen- und Kriegsmetaphorik nach der Krise wieder verschwindet. Außen vorgelassen bleibt bei Grütters der Kulturbegriff, Kunst und Kultur werden zusammengeworfen. Der Blick aus der Kommandozentrale des Kulturstaates lässt Differenzierung nicht zu, strategische Fragen stellt Grütters nicht. »[U]nsere großartige Kulturlandschaft« sei »zum Stillstand gezwungen«, die Landschaft – gemeint ist wahrscheinlich der öffentliche Kulturbetrieb – solle sich wieder bewegen.

Ein nüchterner Blick zeigt, dass es mit der Resilienz im Kulturbetrieb schlecht gestellt ist. Nur wenige Akteure tun das, was gute Unternehmer und Künstler tun, wenn sich die Rahmenbedingungen ihres Geschäfts oder ihres kreativen Handelns verändern: Sie probieren unter den Bedingungen der Krise Neues, setzen ihre Phantasie ein. Einige dieser Ideen werden uns bereichern. Aber viele selbstständige Künstlerinnen und Künstler haben überhaupt kein Geschäftsmodell, das irgendeiner Veränderung des Normalzustands gewachsen wäre. Verdeckt war schon längst Krise, als Corona noch ein Begriff aus der Astronomie war. Selbstständigkeit funktioniert nicht von der Hand in den Mund. Reserven für das Handeln bei Veränderungen und Ersparnisse fürs Alter müssen Teil des Wirtschaftens sein. Individuelle Lebensmodelle werden geprüft werden müssen. Nach der Krisenhilfe ist lange nicht mehr viel zu erhoffen: Öffentliche Budgets werden angespannt sein; das in der Krise eingesetzte Geld muss erst einmal wieder eingesammelt werden. Dies wird auch die institutionell geförderte Kultur zu spüren bekommen. Die schon lange notwendige Diskussion, was in der Kultur »systemrelevant« sei, wird bislang durch Kulturförderung verdeckt und so immer weiter verschoben. Nach der Krise wird die sich dringlicher stellen denn je – und es wird nicht mehr ausreichen, den ganzen Sektor tapfer zum »geistigen Tankstellennetz« zu erklären.

Langfristig wird, mit oder ohne Corona, eine neue Normalität hergestellt werden müssen: die einer klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise. Da werden sich andere Fragen nach Systemrelevanz stellen. Gelernt werden kann aus der Corona-Krise aber, dass der Handlungsspielraum des politischen Systems weitaus größer ist, als in diesem selbst bisher bekannt war. Ob das für »die Kultur« gut ist, wird sich herausstellen. Wer den Betrieb nach der virusbedingten Pause aber einfach wieder »hochfahren« will, hat nichts dazugelernt.

Prof. Dr. Dieter Haselbach, Berlin
Direktor des Zentrums für Kulturforschung in Bonn und Business Partner der ICG
Deutschland